



Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 03. November 2015

Vorlagen-Nr. 15-V-66-0109

**Einführung eines Grünflächen- (GRIS) und Straßeninformationssystems (STRIS) in den Ämtern 67 und 66 - Mittelbedarfsergänzung für den Erwerb und die Einführung**

---

**Beschluss Nr. 0146**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf der Grundlage des Magistratsbeschlusses Nr. 0982 vom 16. Dezember 2014 über die Einführung und den Betrieb eines dezernatsübergreifenden Informationsmanagementsystem für Grünflächen (GRIS) und Straßenflächen (STRIS) der Ämter 67 und 66 ein EU-weites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb für die Einführung eines integrierten Grünflächen- und Straßeninformationsmanagementsystems ausgeschrieben wurde.
2. Der im Rahmen dieses Vergabeverfahrens ermittelte zusätzliche Mittelbedarf für notwendige Kundenanpassungen des vorgenannten integrierten Informationsmanagementsystems in Höhe von 246.000 € wird üpl. genehmigt und wie folgt finanziert:  
  
Amt 66: 175.000 € aus IM-Projekt I.02003 „66 WIN EIN Grundstücksverkaufserlöse“  
Amt 67: 71.000 € aus IM Projekt I.04121 „67 Mehreinnahmen aus Vorjahren“
3. Die haushaltstechnische Umsetzung der genehmigten Mittel zu den einzelnen IM-Projekten von Dezernat IV/66 und Dezernat VII/67 erfolgt durch das Dezernat VI/20.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten für den Rechenzentrumsbetrieb, die Softwarewartung und den Herstellersupport des Informationsmanagementsystems für den Doppelhaushalt 2016/2017 bei Dezernat IV/66 im Rahmen des Dezernatsbudgets angemeldet wurden. Bei Dezernat VII/67 wird der Bedarf des Amtes 67 für Betriebs- und Wartungskosten (70.000 €/Jahr) sowie Mittel für die Datenerfassung (2016 = 20.000 €, 2017 = 10.000 €), insgesamt für 2016 = 90.000 € und 2017 = 80.000 € im Rahmen des Dezernatsbudgets VII abgewickelt. Der angemeldete Mehrbedarf in den Weiteren Bedarfen (Belegnummer 855) wird zurückgezogen.
5. Der Magistrat - Dezernat VI/20 ITM wird beauftragt, bis zu den Beratungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung über diese Vorlage zu berichten, welche Konsequenzen dies für das bei der Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit verwendete Informationsmanagement KLIS hat.

(antragsgemäß Magistrat 13.10.2015 BP 0746)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2015

Maritzen  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2015

Dem Vorsitzenden des Ausschusses für  
Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher